

FORUM



GENAUER BETRACHTET

Energiewende auf Hanseatisch

Im Hamburger Landtagswahlkampf 2008 war das neue Kohlekraftwerk Moorburg noch eines der zentralen Streitthemen. Unter Schmerzen mussten die Grünen nach Bildung der schwarz-grünen Koalition das Pacta sunt servanda hinnehmen. In Zeiten der Energiewende ist die vermeintliche CO₂-Schleuder plötzlich das Rückgrat der Hamburger Stromversorgung. Wenn Energieversorger Vattenfall das Kraftwerk 2013 ans Netz bringt, kann es 90 Prozent des Strombedarfs der Hansestadt decken. Die Atommeiler Krümmel und Brunsbüttel können ja bekanntlich nicht mehr liefern. So ändern sich die Zeiten. sam

LESERBRIEFE

Der Bürger zahlt

Zur „Kinderbuchnaiv“ vom 2.7.

Haben Sie Dank für diesen Artikel. In einem Punkt muss ich Ihnen widersprechen: Die Befürworter der Kernenergie in den 50er-, 60er- und 70er-Jahren waren keineswegs blind für deren Risiken. Vielmehr fiel die Entscheidung nach reiflichem Abwägen von Chancen und Risiken zwischen höchst kompetenten Ingenieuren, Physikern, Medizinern. Das Ganze geschah in der Zeit, als die Schrecken von Hiroshima und Nagasaki noch wesentlich stärker gegenwärtig waren als heute. Die Verknappung der fossilen Ressourcen und politische Unzuverlässigkeit der Ölförderländer führten dann zu dem beispiellosen Konsens pro Kernenergie über die Grenzen aller damaligen Parteien hinweg, sachlich begründet, ohne Euphorie. Als Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgers, der die ersten rein kommerziellen Kernkraftwerke in Deutschland in Betrieb nahm, habe ich das unmittelbar miterlebt. Unser Problem liegt im Grundsätzlichen: Es ist die fehlende Bewertung und Einordnung allgemeiner Lebensrisiken. Politiker haben an der Relativierung von Risiken kein Interesse, weil sie gern ihr ideologisches Stüppchen auf der „German Angst“ kochen. Und die Journalisten folgen ihnen nur zu gerne nach dem Motto „Bad news are good news“. Deshalb hat mich Ihr Artikel besonders gefreut.

Ernst-Markfried Kraatz, per E-Mail

Die mit so raschem Tempo geplante „Energiewende“ Deutschlands ist unglaublich. Auch andere steigen aus der Atomenergie aus, die Schweiz etwa, aber nicht so radikal. Saubere, alternative Energien und Unabhängigkeit sind zu begrüßen, aber Versorgungssicherheit und akzeptable Preise dürfen nicht auf der Strecke bleiben. Hier sagt aber jeder, es wird sicher teurer. Anders gesagt, der Bürger hat das Nachsehen, er soll eben zahlen. Eine so rasante Energiewende erfordert Riesensummen der öffentlichen Hand. Nun wundert man sich, dass diese Mittel plötzlich nicht nur da sind, sondern offenbar auch in ausreichendem Maße. Unmögliches wird hier möglich, während anderswo, wenn überhaupt, nur Mini-Reformchen machbar sind. Der Bürger freue sich, alles werde – wenigstens im eigenen Land – besser; zahlen muss er immer (mehr).

Karl Brunner, Klagenfurt (Österreich)

IHRE POST AN . . .

DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin,
Fax: (030) 2591-71608,
E-Mail: forum@welt.de

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook:
facebook.com/weltonline

Wir twittern live aus dem Newsroom:
twitter.com/weltonline

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

ESSAY

Die große Luftnummer

Während sich der Rest der Welt langsam, aber sicher von der Idee des menschengemachten Klimawandels verabschiedet, hält Deutschland unverdrossen daran fest, dass der CO₂-Ausstoß etwas kosten sollte. Eine Gegenrede zu Ottmar Edenhofers Essay „Müllhalde Atmosphäre“

GÜNTER EDERER

Alle Parteien der Industriestaaten, ob rechts oder links, werden die CO₂-Erderwärmungstheorie übernehmen. Dies ist eine einmalige Chance, die Luft zum Atmen zu besteuern. Weil sie damit angeblich die Welt vor dem Hitzetod bewahren, erhalten die Politiker dafür auch noch Beifall. Keine Partei wird dieser Versuchung widerstehen.“ Dies prophezeite mir schon 1998 Nigel Calder, der vielfach ausgezeichnete britische Wissenschaftsjournalist, jahrelanger Herausgeber vom „New Scientist“ und BBC-Autor. Zusammen mit den dänischen Physikern Hendrik Svensmark und Egil Friis-Christensen vom renommierten Niels-Bohr-Institut hatte er 1997 das Buch „The Manic Sun – die launische Sonne“ veröffentlicht, in dem sie anhand von Forschungen die Sonne für unser Klima verantwortlich machen.

Er hat mit seiner Einschätzung der Parteien recht behalten. Die Ergebnisse der Forscher, die wissenschaftliche Arbeiten über die Auswirkungen der Sonne und der Strahlungen aus dem Weltall auf unser Klima beinhalten, aber werden weitgehend totgeschwiegen. Damit können die Politiker nichts anfangen. Das würde bedeuten, dass die Flut von Gesetzen, mit denen die Bürger zu immer neuen Abgaben und Steuern gezwungen werden, um die Welt zu retten, nicht mehr zu rechtfertigen wäre. Weder Glühbirnenverbot noch die gigantischen Subventionen für die sogenannte erneuerbare Energie würden einen Sinn machen. Statt mit Steuern den Klimawandel zu beeinflussen, müssten sie sich mit den Folgen des natürlichen Klimawandels beschäftigen.

Eine Debatte über die Ursachen für den Klimawandel gibt es im politischen Deutschland nicht. Da wird einfach erklärt: „Der Ausstoß von Treibhausgasen führt zur Erderwärmung, das ist weitgehend unstrittig“, so Ottmar Edenhofer, der Chefökonom und Vizedirektor des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung („Müllhalde Atmosphäre“ in der „Welt“ vom 4.7.). Sein Kollege Stefan Rahmstorf hat die Debatte über die Ursachen des Klimawandels einfach für beendet erklärt. Die Partei der Grünen, die die von Menschen gemachte Klimahybris zum Parteiprogramm erhoben hat, empörte sich in einer Anfrage an die Bundesregierung, ob sie wisse, dass Klimaleugner in den Räumen des Bundestags



In Sachen Weltuntergang kennen wir uns bestens aus. So wurde die Klima-Treibhaus-Untergangstheorie den Deutschen übergeben

sprechen durften. Auf Einladung des FDP-Abgeordneten Paul Friedhoff referierte der Begründer der Nasa-Meteorologie und vielfach ausgezeichnete US-Wissenschaftler Fred Singer über seine Forschungsergebnisse. Schon wer sich unabhängig mit dem Klimadiktat auseinandersetzt, wird der Häresie angeklagt. Doch was als unerschütterliche Wahrheit daherkommt, kann als geschickte, ja geniale Propaganda enttarnen, wer sich nicht nur einseitig informiert. Es gibt aus den letzten Jahren circa 800 wissenschaftliche Veröffentlichungen, die die CO₂-Treibhausthesen widerlegen. Der Hauptunterschied zu den Klimamodellierern: Sie legen Versuche mit Messungen vor, während die vom IPCC (der gern als „Weltklimarat“ bezeichneten internationalen Behörde) veröffentlichten Studien auf Computermodellen und Berechnungen basieren. Auf einen kurzen Nenner gebracht, lautet der Gegensatz: Fakten gegen Berechnungen. Wenn aber die Fakten nicht von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, haben sie in der politischen Entscheidungsfindung auch keinen Einfluss.

Dabei sollte die immer wieder vorgetragene Behauptung der Klimamodellierer schon missverständlich machen: „Die wissenschaftliche Debatte über den menschengemachten Klimawandel ist beendet.“ Das ist an Hybris und Arroganz nicht zu überbieten und widerspricht jeglicher Definition von Wissenschaft. Als Beleg für die endgültige Treibhaustheorie wird immer wieder vorgebracht: 97 Prozent der Wissenschaftler seien sich einig. Nachzulesen im „Spiegel“, wiederholt im ZDF in „Frontal 21“ und von Guido Knopps „History“. „97 Prozent!“ – da müssten doch alle journalistischen Warnsignale aufleuchten. Zum Beispiel: 97 Prozent von wie vielen Wissenschaftlern? Und welche Wissenschaftler zählen dazu? Wer hat sie ausgewählt? Zweimal in den letzten beiden Jahren haben sich in Berlin die kritischen Wissenschaftler aus aller Welt getroffen, um ihre Forschungen vorzustellen, die zu anderen Ergebnissen kommen als die IPCC-Macher und ihre Gläubigen. Doch dann glänzt das Potsdamer Institut durch Abwesenheit, kaum ein Bundestagsabgeordneter und kaum ein Journalist machen sich die Mühe, sich zu informieren.

Ein weiterer Trick, der die Debatte ersticken soll, ist die Behauptung, dass der Einfluss des CO₂ auf das Klima schon seit 150 Jahren bekannt sei. Damit wird auf den schwedischen Chemiker und Allroundwissenschaftler Svante Arrhenius verwiesen, der rein hypothetisch, ohne Beweise,

davon ausging, dass CO₂ das Klima erwärmen würde, was er allerdings für einen großen Segen für die Menschheit hielt. Außer Hochrechnungen haben die CO₂-Klimaerwärmer bis heute nichts Handfestes zu bieten. Die Basiszahlen für die Berechnungen des IPCC sind im federführenden britischen Institut der Universität Norwich vernichtet worden. Für seine die Welt aufrüttelnden Beispiele in seinem Film „Eine unbequeme Wahrheit“ hat sich das Büro Al Gores entschuldigt. Die Zahlen und Daten seien ungeprüft von der Münchner Rückversicherung übernommen worden, schrieb Roger Pielke jr. in der „New York Times“ vom 23. Februar 2009. Der Film ist wegen seiner Fehler übrigens vom High Court in England und Wales für den Schulunterricht verboten, wenn er ohne Berichtigungen gezeigt wird. In Deutschland ist er immer noch Unterrichtsstoff.

Gleichwohl baut die Bundesregierung samt Opposition auf dem Modell eines menschengemachten Klimawandels eine preistreibende Energiepolitik auf, die die deutsche Volkswirtschaft dreistellige Milliardenbeträge kostet. Dass sie damit zunehmend allein in der Welt steht, macht ihr nichts aus. Von der deutschen Öffentlichkeit fast unbemerkt haben sich beim letzten G-8-Gipfel in Deauville Kanada, Japan, Russland und Frankreich versichert, dass sie an keinen Konferenzen mehr für ein Kyoto-Nachfolgeprotokoll teilnehmen werden. Die USA wollen nur noch Beobachter schicken. Während die Berater der Kanzlerin in Klimafragen vom Potsdamer Institut noch an Szenarien basteln, wie in Zukunft das CO₂ durch eine weltumspannende Behörde gerecht verteilt werden kann, was natürlich die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit eines jeden Landes mitbestimmt, verabschiedet sich der Rest der Welt so langsam aus diesem neuen babylonischen Turmbau, der die Zentrale Planungsbehörde der UdSSR marginalisiert hätte. In den USA ist die CO₂-Börse geplatzt, in Asien wurde sie gar nicht erst eingeführt, in Australien stürzen darüber Regierungen – nur in Europa und unter der Führung Deutschlands soll CO₂ einen Preis haben. Es ist eine echte Luftnummer. Tragisch nur: Selbst wenn keiner mehr mitmacht, so sind die deutschen Parteien trotzdem entschlossen, die Bepreisung von CO₂ durchzuziehen. Als Vorbild für die ganze Welt. Mit Energiewende und Umweltschutz hat das alles nichts zu tun.

Nigel Calder hatte dafür 1998 auch schon eine Begründung. „Am Anfang war die CO₂- und Erderwärmungstheorie eine angelsächsische Erfindung, die nicht zuletzt von der Nuklearindustrie gefördert wurde, die für sich eine Wiederbelebung erhoffte. Aber dann wurde daraus mehr und mehr ein Szenarium für den Weltuntergang, und das widerstrebt den nüchternen Angelsachsen. Da erinnerte man sich im IPCC: The Germans are best for doomsday theories!“ Wenn es um den Weltuntergang geht, sind die Deutschen am besten. So wurde die Klima-Treibhaus-Untergangstheorie den Deutschen übergeben. Ich fürchte: Nigel Calder hat hier auch wieder recht.

Der Autor (70) ist Wirtschaftsjournalist, Filmemacher und Publizist. In seinem 2011 erschienenen Buch „Träum weiter, Deutschland!“ kritisiert er die deutsche Staatsgläubigkeit in Bereichen wie Bildung, Klimawandel und Staatsverschuldung. Der Text von Ottmar Edenhofer, auf den Günter Ederer hier antwortet, lässt sich im Internet nachlesen unter www.welt.de

Impressum

Verleger AXEL SPRINGER (1985 †)
Herausgeber Thomas Schmid

Sie erreichen die Redaktion unter Tel.: 030 - 25 91 0
Fax: 030 - 25917606 E-Mail: redaktion@welt.de

Chefredakteur: Jan-Eric Peters

Stellvertretende Chefredakteure: Dr. Ulf Poschardt;
Oliver Michalsky, Frank Schmieden, Andrea Seibel,
Cornelius Tittel

Chefreporter Investigativteam: Jörg Eigendorf
Geschäftsführender Redakteur: Holger Zöllner

Produktionschef: Torsten Kroop

Artidirektion: Barbara Krämer, Melanie Petersen
Innenpolitik: Marcus Hettecker, Torsten Kraul,
Stv. Claus Christian Malzahn, Fabian Wolff Außen-
politik: Clemens Wergin, Stv. Dietrich Alexander
Forum: Andrea Seibel, Stv. Rainer Haubrich
Wirtschaft/Finanzen/Immobilien: Thomas Exner,

Olaf Gersemann, Stv. Jan Dams, Michael Fabricius
Kultur: Cornelius Tittel, Stv. Andreas Rosenfelder,
Dr. Berthold Seewald, Dr. Ulrich Weinzierl Literari-
sche Welt: Dr. Rachel Salamander (Herausgeberin),
Dr. Jacques Schuster (verantwortlicher Redakteur)
Sport: Stefan Frommann, Stv. Raik Hannemann,
Volker Zeitler Reportagen/Vermischtes: Sandra

Garbers, Stv. Felix Müller, Heike Vowinkel Wissen:
Dr. Norbert Lossau, Stv. Dr. Pia Heinemann Stil:
Joachim Bessing, Inga Griese (Senior Editor) Reise:
Sönke Krüger Motor: Stefan Anker

Autoren: Henryk M. Broder, Benjamin von Stuckrad-
Barre Chefkorrespondentin Wirtschaftspolitik:

Dr. Dorothea Siems Korrespondent Politik/Gesell-
schaft: Alan Posener Politischer Korrespondent:
Dr. Richard Herzinger Korrespondent Kultur/Gesell-
schaft: Eckhard Fuhr Korrespondent Norddeutsch-
land: Ulrich Exner Leitender Redakteur Zeite-
geschichte: Sven-Felix Kellerhoff Ständige Mitarbeit:
Prof. Michael Stürmer

CvD Produktion: Patricia Plate, Stv. Dr. Jörg
Forbricht Foto: Michael Dilger Grafik: Karin Sturm
Auslandskorrespondenten: Brüssel: Stefanie Bolzen,
Dr. Christoph Schiltz Istanbul: Boris Kalnoky
Jerusalem: Michael Borgstede Johannesburg:
Christian Putsch